

Der Deutsche Metallarbeiter

Gesamt wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 1,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1,20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 30

Duisburg, den 23. Juli 1921

22. Jahrgang

Von der Zunft zur Gewerkschaft

Politische und wirtschaftliche Veränderungen

In den Nummern 19 bis 28 führten wir unsern Kollegen das Arbeitsleben und die wirtschaftliche Gestaltung des Mittelalters vor Augen. Zunft, Gesellenverbände, solidarische Zusammenstehen, Wirtschaft unter sittlichen Gesichtspunkten, das waren die hervorsteckendsten Merkmale eines Zeitalters, das seine Ziele mit den höchsten Menschheitszielen zu verknüpfen suchte. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren so gut, wie niemals mehr nachher. Die Lohnabelle in Nr. 25 zeigt in deutlicher Zusammenfassung von Nominallohn und Reallohn die Höhe der Lebensverhältnisse. In den nachfolgenden Artikeln soll versucht werden, unseren Kollegen kurz den Weg der Arbeiterbewegung vom Ausgang des Mittelalters bis in die Schwere unseres Industriezeitalters zu zeigen.

Reformation, Entdeckung neuer Erdteile, Auffinden neuer Seewege und überraschende Erfindungen führen den Morgen der Neuzeit um 1500 herauf. Spanische und portugiesische Seefahrer ringen in riesigem Ehrgeiz, um ihre Banner auf den indischen Wällen Coas und den Steinmauern Tenochtitlans, der Hauptstadt des alten Mexiko flattern zu sehen. Neue Zufuhrwege lassen die alten Karawanenstraßen vergessen; der Röhre der Marktrepublik Wendig sinkt vor den Flaggen der kastilischen Galeeren. Ein Strom von exotischen Waren ergießt sich über Europa. In Antwerpen verläßt man Saffran, Purpur und Elfenbein und nach Kalkutta bringen portugiesische Ostindienfahrer flandrisches Wollen und deutsche Schmiedewaren. Das Wappen der norddeutschen Hanse sinkt auf Halbmasken; die süddeutschen Städte, voran Augsburg und Nürnberg, reißen den Transithandel an sich. Die Fugger, die so reich waren, daß sie Kaiser Karls V. Schuldbrief verbrannten; die Welser, fühne Handelsherren, deren Schiffe unter Martel Behaim in Südamerika deutsche Kolonien ansetzten, die freilich, weil das Mutterland kein Verständnis für Kolonien hatte, so wieder verloren gingen; die Fugger, Birckheimer und Alshuber, deren humanistischer Auf so groß war, wie ihre Kaufherrentätigkeit, waren die Führer. Ein Fieber nach Expansion hatte ganz Europa ergriffen. Aber bald zeigte es sich, daß die glänzende Kraft, die das deutsche Wirtschaftsleben bis zur Mitte des sechzehnten Jahrhunderts bewies, nur noch einmal — wie in einer Tragödie — die Größe einer Nation und Wirtschaft in glühendem Dichte strahlen lassen sollte, um dann in die furchtbare Nacht des Trauerspiels innerer Kriege und Verwüstungen hineinzustürzen, die von 1590 bis 1710 die ganze Stärke des Volks auffogen. Zunächst bemächtigte sich England langsam und zähe der Seeherrschaft gegenüber Spanien und Portugal; Hollands Seestärke und Frankreichs Landkraft schoben sich als Riegel gegen den Westen Deutschlands vor; im Norden drängten die skandinavischen Länder Welle um Welle die Flagge der Hanseaten zurück. In Antwerpen wurden die hantischen Kaufleute aus dem Felde geschlagen und selbst in Hamburg nistete sich um 1600 die englische Kaufmannschaft ein, die immer mehr Einfluß errang.

Die süddeutschen Geldmagnaten der Fugger und Welser hatten sich in gewagte Geldspekulationen mit der Krone Spaniens und Frankreichs eingelassen, deren fürstliche Schuldner oft Zahlungseinstellung verfügten, gegen die sich die süddeutschen Kapitalherren nicht zu wehren vermochten, wodurch sie selbst, aber auch die deutsche Volkswirtschaft, tiefste Verluste erlitten. Der deutsche Handel wurde immer mehr Passiv-

handel, der deutsche Kaufmann wurde zum Händler zweiten Ranges. Deutschlands gewerbliche Kraft erlahmte. Die vielen Menschen- und Kapitalverluste durch die Kriege wirkten geradezu herbertend. Die Lebensmittelpreise stiegen höher als die Preise für gewerbliche Erzeugnisse und Löhne. Innerhalb der Städte und ihrer Wirtschaftsordnung suchte man das Heilmittel gegen die fühlbarer werdende Not in strengerem Abschluß der Zunft gegen außen.

Das Zunftwesen selbst begann unter dem Druck der Verhältnisse zu verkümmern. In der Hochblüte war das Ziel der Zunft: gesicherte, auskömmliche Nahrung ohne Ueberborteilung der Konumenten; jetzt aber sah man die Zukunft als eine Versorgungsstelle für die Meisterlöhne an und der einfache Geselle hatte kaum mehr Aussicht, Meister zu werden. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als außerhalb des Zunftzuges selbständig sein Gewerbe zu betreiben. Die Streitigkeiten der Zünfte untereinander über ihre Befugnisse zum Gewerbebetrieb und ihre Kämpfe gegen die „Wohlfahrer“, die frei ihr Gewerbe ausübten, war das direkte Gegenstück jenes solidarischen Zusammenstehens, das die Zünfte im Mittelalter ausgezeichnet hatte.

Der ausländische Kapitalismus, der in das geldarm-gewordene Deutschland immer mehr einbrang, begünstigte besonders die Hausindustrie und Heimarbeit, bei der immer größere Volksteile von der kapitalistischen Unternehmung abhängig wurden.

Der deutsche Erzbergbau ging seit 1580 mit Riesenschritten bergab. Während die mittel- und südamerikanischen Silberausfuhr im Elftempo stieg, ging Deutschlands führende Stellung im Erzhandel, in der Versorgung Europas mit Edelmetall für Kunstgewerbe und Münzprägung verloren. Der Reichtum Deutschlands hatte einen immer mehr papierenen Charakter angenommen. Die Grundlage produktiver Arbeit war nicht mehr tragfähig genug für den allzu hoch gewordenen Kreditüberbau. Nach jahrzehntelanger wirtschaftlicher Krisis kam die Verheerung des 30jährigen Krieges, 1618—48, der die deutsche Kulturarbeit von 1000 Jahren vernichtete. Die Schäden zu schildern, ist den Nachlebenden gar nicht mehr möglich. Die unteren Schichten gerieten in eine bis dahin nicht gekannte Armut.

Dazu kam die politische Knechtung und die gesellschaftliche Unterdrückung durch die deutschen Fürsten, Adligen, Gutsherren und Geldgeber. Der Bauer war in die schlimmste Leibeigenschaft gesunken. „Forschtam und Kleinmützig“, so schildert Ludwig von Baden an den Kaiser den deutschen Bürger um 1680.

Die Wirtschaft lag vollständig darnieder. In den Weltmärkten, so weit man ihn damals so nennen durfte, teilten sich England, Holland und Frankreich. Vereinzelt wagte sich auch eine libedische oder hamburgische Flagge auf die Ozeane. Dazu kam, daß Frankreich von 1660 an ein ausgeprägtes Gesamtpolitiksystem einführt und durch alle möglichen staatlichen Subventionen seine eigenen Industrien, besonders die Textilindustrie förderte, durch die dann infolge der billigeren Herstellung französische Textilwaren in Menge nach Deutschland kamen und den deutschen Textilern wiederum Beschäftigung und Nahrung raubten.

Aber schon zog ein neues Zeitalter herauf, das Zeitalter des Dampfes, das die enge Hülle des alten Wirtschaftssystems vollständig sprengte und eine andere Wirtschaftsordnung und andere Verhältnisse heraufführte.

Bezirken unter den verschiedenartigsten Verhältnissen leben, gewahrt werden sollen.

Es muß ferner berücksichtigt werden, daß die Schaffung ein Produkt von jahrelanger ernster geistiger Arbeit ist und daß sie nicht bei jeder Gelegenheit, um der Meinung eines Einzelnen Rechnung zu tragen, umgeändert werden kann.

Wenn die Mitglieder alles das berücksichtigen, dann werden sie die Schaffung verstehen lernen, dann werden sie ihnen heilig sein und ihnen das strikte Einhalten derselben sehr erleichtert werden.

Der Schlichtungsgedanke in Deutschland und England

Dr. Franz Goerig.

Die Bedeutung, die dem Gedanken der Schlichtung von Streitigkeiten bei der Reorganisation des neuen deutschen Arbeitsrechtes zukommt, rechtfertigt es, daß man den neuen Schlichtungsordnungsentwurf (Metallarbeitsblatt 1921 Nr. 12, S. 449 ff.) nicht nur als solchen eingehend würdigt und kritisiert, wie es an dieser Stelle bereits geschehen ist, sondern ihn auch betrachtet vom Standpunkte der ausländischen Arbeitsgesetzgebung.

Sierbei bildet das englische Gewerbehofgesetz oder genauer das Gesetz betr. die Errichtung eines Gewerbehofes und von Untersuchungsgerichten für gewerbliche Streitigkeiten und betr. andere Vorkehrungen für die Beilegung solcher Streitigkeiten vom 20. November 1919 einen recht lehrreichen Maßstab. Es sei dabei vorausgeschickt, daß die vorübergehend für die Lohnabnahmezeit aufrecht erhaltenen Bestimmungen des Lohngesetzes von 1918 ebenso außer Betracht gelassen bleiben sollen, wie unsere deutschen Demobilisierungsverordnungen, da es sich bei der neuen Schlichtungsordnung nicht mehr um die Berücksichtigung der Demobilisierungsschwierigkeiten, sondern um die Schaffung eines Dauergesetzes für normale Zeiten handeln soll.

Das englische Gewerbehofgesetz sieht drei verschiedene Möglichkeiten der Streitbeilegung bzw. Streitbeeinflussung vor.

Wo eine gewerbliche Streitigkeit besteht oder auszubrechen droht, kann nämlich der Arbeitsminister entweder

1. die Angelegenheit dem Gewerbehof zur Beilegung überweisen, oder
2. die Streitfrage einer oder mehreren von ihm bestellten Personen zur schiedsgerichtlichen Beilegung übertragen oder
3. die Angelegenheit zur Beilegung einem Schiedsamt überweisen, das aus einer oder mehreren von oder im Auftrage der beteiligten Arbeitgeber ernannten Personen und der gleichen Anzahl von oder im Auftrage der beteiligten Arbeiter ernannten Personen sowie einem vom Minister ernannten unabhängigen Obmann besteht.

Dieser beweglichen und den jeweiligen Streitverhältnissen angepaßten oder anpassungsfähigen Freiheit der Schlichtungseinrichtungen soll nach den Absichten des deutschen Schlichtungsentwurfes im künftigen deutschen Arbeitsrecht ein festes System ständiger Schlichtungsinstanzen behördlichen Charakters gegenüberstehen. Sierbei sind sowohl beim deutschen, als auch beim englischen Arbeitsrecht die freigehaltenen Möglichkeiten der Schaffung und Anrufung selbstgeschaffener freiwilliger Schiedsgerichte der Parteien, die gleichmäßig zugelassen sind, außer Acht gelassen.

Nach dem englischen Gewerbehofgesetz kann sodann der Minister die Schlichtungsinstanzen nur mit Zustimmung beider Parteien in Tätigkeit setzen, während der deutsche Schlichtungsordnungsentwurf vorsieht, daß es weder eines Eingriffes des Arbeitsministers oder irgend einer Behörde bedarf, damit die Schlichtungsinstanzen tätig werden, sondern auch nur eine Partei die Schlichtungsbehörde anzurufen braucht, der Schlichtungssansicht alsdann von Amtswegen das Verfahren zu betreiben und die andere Partei bei Vermeidung von Ordnungsstrafen zur Verhandlung zu erscheinen hat.

Noch größere Unterschiede ergeben sich bei dem Vergleich der Zusammensetzung und der Einberufung der Schlichtungskörperchaften und Instanzen selbst.

Der im Vordergrund stehende, den deutschen Schlichtungsbehörden am meisten ähnelnde englische Gewerbehof besteht aus Mittaliedern, die vom Arbeitsminister bestellt werden und teils unabhängigen Standes, teils Arbeitgebervertreter und teils Arbeitervertreter sind, unter Bezug einer oder mehrerer Frauen. Die Amtsdauer der Mitglieder des Gewerbehofes wird vom Minister bei ihrer Bestellung bestimmt. Ebenfalls wird vom Arbeitsminister der Vorsitzende des Gewerbehofes und der Obmann jeder Abteilung des Gewerbehofes aus den

Mitglied und Verbandsfassung

Robert Gaas.

Die Verbandsfassungen sind das Instrument, die den Verbandswillen in bestimmter Form zum Ausdruck bringen. Die Fassungen stellen also den Verbandswillen dar. Da nun die Mitglieder aber selbst die Träger und Glieder des Verbandes sind, so ist ja eigentlich die Fassung ihr eigener niedergeschriebener Wille, an dessen Ausdruck sie durch die Generalversammlung ja auch mitgearbeitet haben.

Daraus ergibt sich ohne weiteres das Verhältnis des Mitgliedes zu der Fassung seines Verbandes. Es kann doch schließlich kein Interesse daran haben, daß dieser Wille nur pro forma niedergeschrieben ist, sondern es muß daran mitwirken, daß er Geltung erhält, daß man ihn beachtet.

Nur dann, wenn jeder Einzelne den Verpflichtungen, die ihm die Verbandsfassungen auferlegen, voll und ganz gerecht wird, sind den Mitgliedern auch die, die sich aus der Fassung ergebenden Rechte gewährleistet. Notwendig ist natürlich, daß das Mitglied seine Fassungen durch und durch kennt. Man kann eine Fassung nicht einhalten, wenn man sie nicht kennt. Unkenntnis der Fassung schützt auch hier vor Strafe nicht. Manches Mitglied hat das schon beim Bezuge von Krankenunterstützung

erfahren müssen, wenn die Frist der Krankmeldung nicht eingehalten wurde.

Auf der anderen Seite aber bedeutet ein Abweichen von der unbedingten Einhaltung der Fassungen ein Durchbrechen der so notwendigen Verbandsdisziplin. Ein Verband ohne diese Disziplin wird an Stofkraft, an Aktionsfähigkeit und Erfolgsmöglichkeit erheblich verlieren und kann somit seinen Mitgliedern nicht mehr das sein, was sie von ihm erwarten können.

Besonders tief muß sich jedes Mitglied in das hineinbegeben, was in der Fassung unter Grundätzliches gesagt ist. Da ist der Charakter des Verbandes, die Weltanschauung, die Fassung der von Männern, die mit ihm den Verband bilden, angeht. Diese Weltanschauung ist auch die des einzelnen Mitgliedes, die es für die unbedingt richtige halten muß. Jede Handlung aber, die von Einzelnen oder Mehreren unternommen wird und sich mit dem Charakter der Weltanschauung, wie sie in der Fassung festgelegt sind, nicht verträgt, ist geeignet, das Ansehen des Verbandes nach Außen ungenau zu schädigen.

Es mag vorkommen, daß einem Mitgliede der eine oder andere Paragraph nicht gefällt, daß es ihn lieber anders gefaßt hätte, dann muß es berücksichtigen, daß die Fassungen nicht für einen Einzelnen geschaffen sind, sondern, daß in ihnen die Interessen vieler Tausende, die in den verschiedensten

Personen unabhängigen Standes im Wege eines allgemeinen oder besonderen Erlasses berufen.

Demgegenüber werden die Mitglieder der Schlichtungsbehörden des neuen deutschen Schlichtungsordnungsentwurfes weitgehend zum größten Teil gewählt und die restlichen Mitglieder, d. h. die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter werden aus der Zahl der Personen bestellt, die von den künftigen Wirtschaftsräten vorgeschlagen sind.

Hier liegt also der Vorteil zweifellos auf Seiten des deutschen Entwurfes, da in ihm die Nachteile einer bürokratischen und mehr oder weniger einseitigen Bestellung überwunden sind durch die wesentlich vorteilhaftere Wahl der beteiligten und interessierten Wirtschaftspraktiker und da an die Stelle der unverständigen, nach Zufallsmomenten zusammentretenden Körperschaften Einrichtungen treten werden, die nicht nur größeres Vertrauen der Allgemeinheit genießen, sondern infolge des ständigen Charakters der Schlichtungsbehörde auch größere praktische Erfahrung erlangen und bessere Garantien für gleichmäßiges Vorgehen und gerechtes Abwägen bieten.

Englische und deutsches Gesetz stimmen dagegen im wesentlichen überein in bezug auf die Bildung der einzelnen Schlichtungskammern bei der einzelnen Streitigkeit, denn hier soll sowohl der Vorsitzende des englischen Gewerhofes, als auch derjenige der deutschen Schlichtungsbehörde bzw. Einigungs- und Revisionskammer diejenigen Mitglieder bezeichnen, die den Gewerhof und die Kammer zu bilden haben.

Auch die Bevorzugung der freiwilligen und privaten Schlichtungseinrichtungen ist dem englischen und künftigen deutschen Recht gemein.

Das englische Gewerhofgesetz sagt nämlich, daß der Minister nur mit Zustimmung beider Streitparteien und erst dann, wenn sich eine Beilegung mittels dieser Vorkehrungen nicht hat erzielen lassen, die Angelegenheit in all denjenigen Fällen einer Schlichtungsinanz zur Beilegung überweisen darf, für die in einem Verufe oder einem Gewerbe auf Grund einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die einen namhaften Teil der in diesem Verufe oder Gewerbe tätigen Arbeitgeber oder Arbeiter vertreten, Vorkehrungen für die Beilegung von Streitigkeiten durch Einigung oder Schiedssprechung bestehen und der deutsche Schlichtungsentwurf sagt ebenso glücklich im Par. 56, daß vereinbarte Schlichtungsstellen den Schlichtungsbehörden vorgehen und daß die Schlichtungsbehörde die Beteiligten zur Anrufung der vereinbarten Schlichtungsstelle auffordern und die vereinbarte Schlichtungsstelle von der Aufforderung benachrichtigen muß, wenn trotz Zuständigkeit einer vereinbarten Schlichtungsstelle eine ordentliche Schlichtungsbehörde angerufen wird.

Vorbildlich für den deutschen Schlichtungsentwurf kann die Vorschrift des englischen Gewerhofgesetzes sein, die besagt:

„Umfaßt eine dem Gewerhof überwiesene Streitigkeit Meinungsverschiedenheiten über Lohn oder Arbeitszeit, oder sonstige über die Beschäftigungsbedingungen oder die Verhältnisse, die in einem anderen als diesem Gesetze geregelt werden, so darf der Gewerhof kein Urteil fällen, das mit den Bestimmungen jenes Gesetzes nicht vereinbar ist.“

Eine solche Bestimmung, durch die auch die Schlichtungsbehörden an die Gesetze und die allgemeinen Rechtsgrundsätze gebunden werden, sollte zwar an und für sich überflüssig sein, sie scheint aber bei uns besonders für die nächste Uebergangszeit unbedingt geboten, weil die jetzigen Schlichtungsausschüsse in zahllosen Fällen glauben, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Momente vor klaren und bestimmten Rechtsgrundsätzen prävalieren lassen zu dürfen.

Besser als im deutschen Schlichtungsordnungsentwurf kommt auch im englischen Gesetz der reine Schlichtungsgedanke, dem jeder äußere Zwang zuwider läuft, zur Geltung.

Das englische Gesetz will den Parteien gewissermaßen nur Hilfsmittel zur gegenseitigen Annäherung und Einigung in die Hand geben und dadurch die Streitbeilegung erleichtern. Es beschränkt sich darauf, paritätische und einflussreiche sachkundige Körperschaften zur Verfügung zu stellen, die einen billigen und vernünftigen Einigungsvorschlag machen können.

Demgegenüber wird im deutschen Schlichtungsordnungsentwurf dieser Grundgedanke zu sehr überschattet durch einen gewissen Zwangs- und Bevormundungscharakter. Man beschränkt in ihm die Schlichtungsbehörden nicht auf eine reine Einigungstätigkeit, sondern verleiht ihnen durch die kritische Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung und durch die Endgültigkeit gewisser Schiedsprüche eine nicht sehr glückliche richtende zwingende und in die Vertragsfreiheit eingreifende Urteils- und Entscheidungstätigkeit.

Als Besonderheit gegenüber dem deutschen Entwurf enthält das englische Gewerhofgesetz endlich charakteristische Bestimmungen über sogenannte Untersuchungsgerichte, die vom Minister mit der Untersuchung über die Ursachen und Umstände einer bestehenden oder drohenden Streitigkeit beauftragt werden können.

Die Berichte dieses Untersuchungsberichtes, dem zum Zwecke der Erlangung eines klaren Einblickes weitgehende Informationsrechte verhehen worden sind, sollen sobald als möglich vom Minister beider Häuser des Parlaments vorgelegt werden, und zwar gleichzeitig mit einem Bericht der Minderheit des betreffenden Untersuchungsrichters, sofern eine solche bestehen sollte, weil sich nicht alle Mitglieder mit dem Bericht einverstanden erklärt haben.

Diese Untersuchungsberichte stellen eine einflussreiche Einrichtung dar und gewinnen in der Regel für die Streitigkeit selbst eine weitgehende Bedeutung, weshalb zu erwägen wäre, ob man diesen Gedanken nicht in der einen oder anderen Form in den deutschen Schlichtungsordnungsentwurf hineinzubringen und dafür andere Bestimmungen, insbesondere die weichen fremden Zwangsbestimmungen streichen sollte.

Die Macht der Hochfinanz

Das Wirtschaftsleben ist ein riesiges Gefüge von Verbindungen, Fäden, Zusammenballungen und Machtbestrebungen, die auf den ersten Blick vollkommen undurchsichtig und verwirrt scheinen. Erst allmählich erkennt man, daß in dieser scheinbaren Anarchie auch eine gewisse Ordnung steckt. Zwar nicht die Ordnung, die die Gleichberechtigung im Gefolge hat, sondern diejenige, welche mit Zwang und Abhängigkeit die Geschichte von Wirtschaft und Nation leiten will. Mehr und mehr läßt sich vom dunkeln Hintergrund — erkennbarer und deutlicher als es vor dem Kriege war — die überragende Macht des Bankkapitals los, so daß auch die Arbeiterschaft mehr und mehr aufmerksam wird auf die Größe aber auch die Gefährlichkeit, die sich in den Bankkonzernen sammelt. Die sozialistische Arbeiterschaft ist seit Jahr und Tag durch ihre Führer einseitig auf eine Stellungnahme zum Industriefinanzkapital und zum Unternehmertum hingedrängt worden. Sicher, die Herren von Kohle und Eisen hatten die Eigenschaften dieser beiden Produkte, die guten und die schlechten, im überragenden Maße in sich verkörpert. Scharfmachtum und das Auftreten mit Kanonenkesseln, wenn die Arbeiterschaft um ein paar Pfennige Lohn-erhöhung kam, brachten dann die Arbeiter und die Unternehmer in eine scharfe Kampfstellung.

Es hat lange gedauert, bis es der Arbeiterschaft eindämmerte, daß die Herren von Wechsel und Coupon, die so scheinbar still und bescheiden in ihren Kontoren sitzen und in der Öffentlichkeit wenig von sich reden machen, für sie und auch für die deutsche Volkswirtschaft von einschneidenderer Bedeutung werden könnten, als die Thyssen, Ganiel und Stinnes. Die Entwicklung nach dem Kriege zog den Schleier vor der im Stillen geübten Tätigkeit der Großbanken immer mehr ab, so daß man mehr und mehr die eigentlichen Großfinanziers und Gläubiger des Volkes erkennen konnte.

In Amerika kontrolliert der Finanztrüß Morgan zusammen mit 2-3 Großbanken 1/3 des gesamten amerikanischen Volkvermögens. Was das für ein Land heißt, und welche Maßnahmen auf innere und äußere Politik eines Landes daraus sich ergeben können, hat der Weltkrieg deutlich gezeigt. In Deutschland ist das Bankkapital, die Hochfinanz, auf dem gleichen Wege, Da sind es besonders die großen privaten Finanzinstitute Deutsche Bank, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Diskontogesellschaft, die den Ton in dem Bereich der deutschen Bankwelt angeben. Die Geschäftsergebnisse der Banken für 1920 liegen jetzt zum großen Teil vor. Selbst wenn man bei den Geschäftsabslüssen die Erhöhung der Kapitalien in größtem Umfange berücksichtigt, so ergeben sich Steigerungen aller Gewinne, die man selbst in der Phantasie nicht für möglich gehalten hätte und bei deren Wettlauf den Industriegewinnen der Atem ausgegangen ist, so daß sie sich selbst bei sehr guten Abslüssen kaum daneben sehen lassen können.

Wir wollen nur einmal den Abschluß der Deutschen Bank herausgreifen. Bei der Deutschen Bank ist der Bruttogewinn von rund 130 Millionen im Jahre 1919 und auf 712 Millionen Mark im Jahre 1920 gestiegen. Der Reingewinn mit Vortrag aus dem Vorjahre stellt sich in denselben Jahren auf 49, 64 und 185 Millionen Mark. Das bedeutet eine Steigerung des Bruttogewinnes in zwei Jahren um mehr als 500 Prozent und eine Steigerung des Reingewinnes um mehr als 400 Prozent. Die Rücklage allein betrug 1920 rund 80 Millionen Mark.

Die acht Berliner Großbanken erzielten bei einem eigenen Kapital (Kapital und Reserven) von 2564 Millionen Mark einen Bruttogewinn von 2289 Millionen Mark, von dem ein Reingewinn von 714 Millionen Mark verbleibt. Den Aktionären sind in der Form von Dividenden 233 Millionen Mark zugeflossen, gegen 198 Millionen Mark im Vorjahre. Für alle acht Banken ergibt sich eine Steigerung der Durchschnittsdividende von 9 auf 12 Prozent. Diese acht Berliner Großbanken verwalteten im Geschäftsjahr 1920 nicht weniger als 63 Milliarden Mark fremde Gelder. Das sind Zahlen von einer fast märchenhaften Größe.

Andererseits sind diese Zahlen, die sich in der Entwicklung der Hochfinanz zeigen, alles weniger als Zeichen einer blühenden Wirtschaft. Das ist die verdächtige Note einer schwindigkeitsvollen Volkswirtschaft, die sie bis zum letzten Augenblick noch gesund erscheinen läßt, innerlich aber äußerst gefährliche Symptome in sich trägt.

Die ungeheure Ansammlung von Geldmitteln und Forderungen in den Großbanken fördert die Konzentration des Bankwesens in ungeahntem Maße. Die Banken ziehen ein spinnwebartiges, engmaschiges Netz über das gesamte Wirtschaftsleben, in das sie nach und nach alles aufsaugen und in Abhängigkeit von sich bringen. Wieviele Banken sind nicht in

den Fäden der Großbanken hineingezwungen worden. Von der Bergbank in Elberfeld, über den Schaffhauserischen Bankverein und der Norddeutschen Bank in Hamburg kommen hunderte von selbständigen Banken unter den Einfluß der Großbanken. Die Vermehrung der Großbankfilialen ist das sichtbarste Zeichen der Bankkonzentration. Im Jahre 1918 besaßen 9 Berliner Banken 177 Filialen und 1919 8 Berliner Banken 437 Filialen.

Die Riesengewinne der Banken werden mehr noch als die Industriegewinne bei den kommenden sozialen Kämpfen eine große Rolle spielen, vor allen Dingen wird das feindliche Ausland mit den Abschlüssen der acht größten Geldinstitute Deutschlands lange Zeit einen Agitationsstoff gegen uns in den eigenen Ländern haben.

Damit kommen wir auf das Finanzgebaren dieser Großbanken. Die „Konjunktur“, eine angesehenere wirtschaftliche Zeitschrift, beklagt es sehr, daß sich an den Bilanzierungsmethoden der Großbanken trotz der riesigen Umwälzungen im ganzen Wirtschaftsleben so gut wie nichts geändert habe und daß die Undurchsichtigkeit der Bilanzen gerade heute sehr bedauerlich sei.

Die „Konjunktur“ führt dann schwere Anklage gegen die Geschäftemacherei der Großbanken und schreibt:

„Das Jahr 1920 war vielleicht in der bisherigen Geschichte unserer Großbanken das wichtigste. Sie hätten zeigen können, was die private Initiative trotz des bölligen Verfalls der verantwortlichen Regierungsstellen zur Rettung des deutschen Wirtschaftslebens vor der allgemeinen Katastrophe zu leisten vermochte. Die meisten Großbanken haben sich vor dem Kriege mehr oder minder erfolgreich am Terrain- und Baumärkte betätigt und gebieten heute noch über ein ganzes System von Terrain- und Baugesellschaften, in deren Verwaltungen tüchtige Fachleute sitzen. Gätten z. B. die Leiter der großen Geldinstitute den Wagemut besessen, ein paar hundert Millionen Mark für die Finanzierung groß- zügiger Bauprojekte beisteife zu stellen, so wäre es unferes Erachtens möglich gewesen, die rat- und hilflose Regierung zur Einbringung entsprechender Gesetze und zu jedweder Förderung des Wohnungsbaues zu zwingen.“ Das große Heer der Arbeitslosen und die Wohnungssuchenden, die heute notgedrungen in möblierten Zimmern bereits für den sechs- bis achtfachen Preis der Friedensmiete hausen, wären für solche energische Tat dankbar gewesen.

Die Großbanken haben es unterlassen, eine derartig zielbewußte und energische Wirtschaftspolitik zu treiben. Sie haben sich darauf beschränkt, das Spekulationsgeschäft mit allen erdenklichen Mitteln zu pflegen und zu beleben.“

Die Macht, die in den Banken verkörpert ist, dürfte auch die Arbeiterschaft einmal veranlassen, sich mehr als bisher mit dieser Gewalt zu befassen und sich in Unterrichtskursen und in geeigneter Pektüre einen Einblick in das vielberichtigene Gewebe des Bankkapitalismus zu erwerben.

Es ist vollständig verkehrt und zeugt von wenig Ueberblick gewisser Arbeiterführer, wenn man einen Teil der Arbeiterschaft nur immer auf einen Ausschritt des Wirtschaftslebens, wie er sich z. B. in Stinnes darstellt, schauen läßt, statt auf die viel größere Gefahr, die in unserer Hochfinanz auch für die Arbeiterschaft heraufzieht, rechtzeitig hinzuweisen. Sicherlich darf die Arbeiterschaft an dem Problem Stinnes und der Zusammenballung von Trüsten in seinen Händen nicht gleichgültig vorübergehen, sonst würden sich auch für sie Folgerungen ergeben, die nicht leicht zu tragen sind; aber je mehr Stinnes seine Arme um die Industrie legt, umso mehr gerät er in immer größere Abhängigkeit von der Hochfinanz, ohne deren Hilfe und Kredite er seinen Turmbau gar nicht auf- richten könnte. Die Möglichkeit für solche großen Spekulationen Stinnes'scher Art liegt eben nur in dem Ausdehnungsdrang der Hochfinanz.

Es ist ein typisches Zeichen für die Oberflächlichkeit, mit der man in sozialistischen Kreisen an das Problem Sozialisierung ging, daß man jedes Industrieunternehmen sofort sozialisieren wollte, bis herunter zum Handwerk, daß man aber die geheimen Triebfedern, die in den Geldinstituten liegen und die die Schrittmacher der kapitalistischen Wirtschaftsform und des kapitalistischen Geistes sind, nicht sah und an ihnen blind vorbeiging.

Bei einer wirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft darf man nicht die breiten Sammelbecken der Banken, in welche die volkswirtschaftlichen Kräfte einmünden, nicht vergessen. Gerade von ihnen muß in allererster Linie eine Arbeit für das Gesamtwohl gefordert werden.

Streiflichter

Ueber die sozialpolitischen Aufgaben der Reichsregierung, erstattete Reichsarbeitsminister Brauns dem Ausschuss für Sozialpolitik Bericht.

Der Entwurf einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Gesetzes betr. Mitgliedschaft der Betriebsräte im Aufsichtsrat liegen bereits dem Reichsarbeitsrat vor und werden demnächst dem Reichstage gehen. In Vorbereitung befinden sich der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, der Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung und über die Regelung der Arbeitszeit. Dem Reichstag bereits vorgelegt sind die Novellen zur Reichsversicherungsordnung und zur Angestelltenversicherung mit Vorschlägen zur Versicherung der Hausgewerbetreibenden, Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern, die Wahlbarkeit der Frauen zu den Versicherungsbehörden, die Neu- regelung der Beitragsleistungen zur Invalidenversicherung, Beihilfen an Rentnerempfänger. Als dringlich bezeichnete der Minister die Neuregelung der Beitragsleistungen, damit die Tätigkeit und die Beitragsmöglichkeiten der Versicherungsanstalten weiterhin

sichergestellt würden. Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge soll ebenfalls einer Neuregelung unterzogen werden. Zur Frage, ob die Angestelltenversicherung Sonderversicherung bleiben oder mit der Invalidenversicherung zusammengebracht werden solle, habe das Reichsarbeitsministerium noch nichts festgelegt.

Genossenschaftsbewegung.

Ueber die Bestrebungen und Ziele der Bauproduktiv-Genossenschaften herrscht in den weiten Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sowie des übrigen Bürgertums noch große Unklarheit. Viele falsche Ansichten, verkehrte Auffassungen und irreführende Anschauungen müssen noch zerstreut und richtig gestellt werden. Der im November 1920 in Essen stattgefundene 10. Kongress der christl. Gewerkschaften hat sich in seiner Resolution über die Bestrebungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe für die Er- richtung und Unterstützung der Bau-Produktiv-Genossenschaften aus- gesprochen. Die im Herbst 1920 schon bestandenen und in Gründung begriffenen Genossenschaften haben im letzten Halbjahre, durch weitere Gründungen eine erhebliche Zunahme erfahren. In Rhein- land und Westfalen bestehen allein 15 Genossenschaften. Weiter 6 sind in den verschiedensten Städten noch in der Gründung begriffen. Die schon bestehenden, welche sich im Frühjahr zu einem Verbande

zusammenzuschließen, sind jetzt im Begriffe, sich innerlich mehr zu festigen. Am 15. Juni konnte die Geschäftsstelle des Verbandes den Betrieb eröffnen. Sie hat zunächst den Zweck, den angeschlossenen Genossenschaften Anleitung auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens im Allgemeinen zu geben. Eine weitere Aufgabe wird es sein, eine einheitliche Buchführung für alle Genossenschaften einzuführen. Die Interessenvertretung des Verbandes in Wort und Schrift gegen alle Anfeindungen, ganz gleich aus welchem Lager sie kommen, wird vornehmliche Aufgabe der Geschäftsstelle sein, wobei die Aufklärung über Wesen und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung in unserer Volkswirtschaft die erste Stelle einnehmen wird. Später wird man, wenn eine gewisse Reifung in der Bewegung eintritt, einen eigenen Reichsverband gründen. Die Organisation des gemeinschaftlichen Bezuges der zu verarbeitenden Hausstoffe wird ebenfalls als das Gebiet des Verbandes zu betrachten sein.

Die Geschäftsstelle befindet sich vorläufig in Essen, Limbeckstr. 26. Anschriften sind zu richten: An das Kartell Rhein-Weiß. Bau Produktiv-Genossenschaften, Essen, Limbeckstr. 26.

*

Kommunistischer Byzantinismus.

Weihrauchfässer, Kniefälle, alles das und noch mehr, haben die Kommunisten für ihren Herrn Lenin übrig. Von dem Gemisch zum „göttlichen“ Lenin, das ja so vorzüglich den mit russischen Geldern gespeisten Kommunisten steht, muß einem der Ekel ankommen. In einem solchen Quartiergebiet (Rote Fahne Nr. 300) heißt es:

Lenin.

Du läst den Dingen auf den Grund
Wo sich die Fäden nicht verwirren
Du weißt und kennst sie alle, und
Wir glauben dir, du wirst nicht irren

„Der Alte“ wirst du von Freunden genannt
Du läst den Dingen auf den Grund
Du bist ins Weltall eingedrungen
Biel teurer als alle Wörter.

Du bist das Schwertschwert und der Schild,
Wir führen einmal Will und Schweigen
Bucharin sprach: „Ein heiliges Bild“
Ein auf dein ernstes Bildnis zeigend.

Dieser Byzantinismus kann nur als gelb bezeichnet werden. Wir würden uns nicht wundern, daß, wenn die Herrschaften um die rote Fahne sich eines Tages wieder auf ihre echte Hautfarbe besinnen, sie mit demselben Applaus auch Herrn Stinnes und die Deutsche Bank besingen werden.

Aus der Wirtschaft

Industrie-Ergebnisse.

Gratisaktien mit einer Dividende von 20 Prozent gibt die Firma Busch in Lindenfeld ihren Aktionären. Das Stammkapital soll von 3,3 auf 4,8 Millionen Mark erhöht werden. Aus der freiwerdenden Aufstellung werden den Aktionären 1,5 Millionen Mark als Einzahlung auf die neuen Aktien zur Verfügung gestellt.

100 Prozent Dividende verteilt die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Bed und Sanel.

20 Prozent Dividende und Gratisaktien im Betrage von 1,5 Millionen gibt die Eisenwerk- und Maschinenbauaktiengesellschaft Düsseldorf.

*

186 Gesellschaften.

Die in den Monaten Januar bis März ihren Geschäftsbericht veröffentlichten, haben laut „Der Deutsche“ (6. Juli) folgende Dividenden-Ergebnisse:

67 Gesellschaften 25 Proz.	7 Gesellschaften 26—28 Proz.
49 Gesellschaften 30 Proz.	6 Gesellschaften 32—34 Proz.
14 Gesellschaften 35 Proz.	5 Gesellschaften 36 Proz.
15 Gesellschaften 40 Proz.	8 Gesellschaften 44—48 Proz.
7 Gesellschaften 50 Proz.	2 Gesellschaften 54—58 Proz.
1 Gesellschaft 60 Proz.	1 Gesellschaft 70 Proz.
3 Gesellschaften 75 Proz.	1 Gesellschaft 85 Proz.

Zur Verteidigung dieser hohen Gewinne wird sehr häufig auf das Moment des Goldmarkkapitals hingewiesen. Die heutigen Dividenden seien Papiergewinne eines Goldmarkkapitals und, an der Geldentwertung gemessen, infolgedessen nicht nur den Dividenden der Vorkriegszeit nicht entsprechend, sondern vielmehr ein Verlust. Diese Auffassung kann heute durchaus nicht mehr gelten. Es gibt kein reines Goldkapital mehr in den Wirtschaften. Das Kapital aller Gesellschaften ist durch Erhöhungen — in sehr vielen Fällen durch mehrfache — in verschiedenem Grade vergrößert worden, und es ist heute unmöglich, den prozentualen Anteil der Dividende an den einzelnen Werten dieser Vergrößerung zu erkennen. Die Bilanz gibt selbst dem Unternehmer kein klares Bild mehr von dem wirklichen Stand seiner Wirtschaft. Wenn die heutige hohe Dividende nicht als ein Gewinn, sondern als ein Verlust für die Wirtschaft hingestellt wird, so muß man zum mindesten die Frage aufwerfen, ob es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus überhaupt erlaubt ist, eine Kapitalrückzahlung in einer derartigen Form bei den heutigen Verhältnissen vorzunehmen. Das Interesse der Gesamtheit ist in diesem Falle so sehr mit dem des Einzelnen verknüpft, als daß es nicht die größte, so ausschlaggebende Berücksichtigung verlangt.

*

Die deutsche Ein- und Ausfuhr

an Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen von Januar bis November 1920 stellt sich wie folgt

Einfuhr

Maschinen	Elektrotechn. Erzeugnisse	Fahrzeuge
dz	dz	dz
38 718	13 926	14 422

Ausfuhr

dz	Mill. Mt.	dz	Mill. Mt.	dz	Mill. Mt.
3 449 271	5	607 967	2,1	1 830 663	2,7

*

Änderung der Betriebsform der württembergischen Berg- und Hüttenwerke.

Die württembergische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf auf Änderung der Betriebsform der vier staatlichen Berg- und Hüttenwerke vorgelegt. Danach ist die Gründung einer G. m. b. H. unter der Firma „Schwäbische Hüttenwerke“ geplant. An der württembergischen Staat mit der Hälfte des Gesellschaftskapitals beteiligt ist. Der Staat bleibt Eigentümer der Werke, verpachtet aber diese nur auf die Dauer von 30 Jahren an die Gutehungsbehörde. Nach einem weiteren abgeschlossenen Erprobungszeitraum bleibt die Nutzung auf Erze in ganz Württemberg der Gesellschaft überlassen. Die Staatswerke sind also in Privatbesitz übergegangen. Auch die Sozialisten konnten sich der Erkenntnis der Unrentabilität der Staatswerke nicht verschließen.

Deutsche elektrische Maschinen nach England.

Die die Mäster meiden, hat die Shellfish Corporation beabsichtigt, elektrische Maschinen in Stärke von 10 000 Kilowatt, deutsche Abfertigung, von einer englischen Gesellschaft zu kaufen. Der Preis ist 40 000 Pfund Sterling. Das englische Angebot betrug 90 000 bis 100 000 Pfund Sterling.

*

Die Eisenerzproduktion in Lothringen

geht seit Jahresbeginn anhaltend zurück; während die durchschnittliche Monatsausbeute in 1913 3,2 Millionen Tonnen war, betrug sie im Januar 1,42, im Februar 1,20 und im März 1,18 Millionen Tonnen, im April hat sie weiter abgenommen.

Gewerkschaftliches

Die Ausbreitung der Tarifverträge.

Vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung werden zum ersten Male genaue Angaben über die Ausbreitung des Tarifgebietens veröffentlicht. Danach sind bis Ende 1919 rund 6 Millionen erwerbstätige Personen gegenüber nur etwa 1 1/2 Millionen vor dem Kriege durch Tarifverträge erfasst worden. Reichstarife wurden bis Ende 1920 insgesamt 116 abgeschlossen. Dort wo Reichstarife noch nicht zur Durchführung kommen konnten, wurden umfangreiche Bezirksstarife abgeschlossen. Insgesamt wurden bis 1920 vom Reichsarbeitsministerium 990 Bezirksstarife für allgemein verbindlich erklärt.

*

Die Entwicklung der holländischen Gewerkschaften.

Die Entwicklung der holländischen Gewerkschaften ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Es hatten Mitglieder:

Der christliche Gewerkschaftsbund	70 262	76 488
Der katholische Gewerkschaftsbund	148 981	157 998
Der Gewerkschaftsbund (sozialistisch)	239 739	225 367
Der neutrale Gewerkschaftsbund	46 617	51 983
Das Arbeitssekretariat (anarchistisch)	48 764	86 038

Der christliche (evangelische) und der katholische Gewerkschaftsbund, die sehr stark organisiert und über gute Kassenerhältnisse verfügen, stehen in einem engen Kartellverhältnis. Sie haben zusammen 234 488 Mitglieder und haben den roten Gewerkschaftsbund um rund 9 000 Mitglieder überflügelt.

*

Der norwegische Generalstreik zusammengebrochen.

Die norwegische Arbeiterchaft, die sich mit den Seefahrern solidarisch erklärt hatte, war in einem Generalstreik wegen Verhinderung des Lohnabbaus getreten. 150 000 Arbeiter standen in dem 2,5 Millionen Einwohner zählenden Lande in Streik, der mit einem Misserfolg endete, wodurch eine große Zahl Arbeiter ausgesperrt blieb. Die norwegischen Gewerkschaften sind der roten Internationale in Moskau angeschlossen, also auch sie mußten erkennen, daß man wohl mit Wahrung eines Generalstreiks proklamieren, aber nicht fortführen und siegreich beenden kann.

*

Der englische Bergarbeiterstreik, der immer mehr kommunistische Formen annahm und deshalb bei den übrigen Gewerkschaften auf keine Gegenliebe stieß, ist zusammengebrochen.

Kleine Notizen

Vollsozialisiert hat auf der roten Bergarbeitertagung in Gießen wieder einmal Otto Dür, der bekanntlich seinen Mantel immer nach dem Winde drehen kann. Er hat den Ehrgeiz, neben seinen Mehrheitssozialisten auch alle Syndikalisten, Anarchisten und Kommunisten zu vereinen. Aus diesem Grunde macht Herr Dür in Radikalismus und redet von Sozialisierung, derselbe, der 1919 sich als scharfer Gegner der Sozialisierung bekannte.

Die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen wollen sich wieder gegenständig in die Arme stellen. Vorläufig machen sie sich in ihren Zentralorganen schickliche Liebeserklärungen. Die raube Wirklichkeit aber bläst doch noch scharf dazwischen. So trugen die unabhängigen Metallarbeiter in Berlin, sich mit dem Plan, für ihre Generalversammlung eine gemeinsame Kandidatenliste mit den Mehrheitssozialisten gegen die Kommunisten aufzustellen. Die Mehrheitssozialisten zeigten aber die letzte Schmitze, und so ziehen denn die feindseligen Brüder getrennt in den Kampf.

Hoffmann, anerkannter Hauptmann der Kommunisten, hat jetzt am eigenen Leibe die Praxis der kommunistischen Theorie erfahren müssen. Einige Diebe, die bekanntlich das Recht des Privateigentums nicht achten und sich dabei auf die Heilslehre der Kommunisten berufen, weil ja „Eigentum Diebstahl“ ist, haben es ihm angetan. Derweil Herr Adolf Hoffmann auf seinem Landhause (Wohnungsnot!) weilt, brachen höfliche Menschen in seine Berliner Wohnung ein und „requirierten“ für 100 000 Mark an Brillanten, Goldsachen und Wäsche. Adolf Hoffmann soll von dieser Folgerung aus seiner Lehre gar nicht erbaut gewesen sein.

Sowjetrußland hat 120—130 Millionen Einwohner. Von diesen haben nach der sozialistischen „Globe“ nur die Kommunisten das Wahlrecht, das sind insgesamt 671 000 Stimmberechtigte. Also ein Zweihundertstel des russischen Volkes stellt die sogenannte „Volksherrschaft“ dar. Die Kommunisten sind die besoldeten Beamten des Reiches. In Moskau allein zählt man jetzt 230 000 Beamte, genau soviel, wie ganz Rußland im Jahre 1900 hatte.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. Juli der 31. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 24. bis 30. Juli.

Verbandsgebiet

Aalen. (Württg.) Aus unserer Verwaltungsstelle können wir im allgemeinen Gutes berichten. Zwei Zahlen einander gegenüber gestellt, werden das beweisen: Mitgliederstand am 1. 1. 20 betrug 951 Mitglieder, am 1. Juni 1921 1 292 Mitglieder, also im Verlauf von kaum 1 1/2 Jahren eine Zunahme von 341 Mitgliedern. Bis diese Zahlen im Verbandsorgan erschienen, wird das 13. Jahrestag bereits überschritten sein. Daß dieser Fortschritt anhalt, dafür werden unsere eifrigen Kollegen und tüchtigen Vertrauensmänner befohlen sein, unterstützt durch unsere seit 1. 4. 1920 in Aalen errichtete Geschäftsstelle. Bemerkenswert ist, daß der größte Teil der Mitgliederzunahme aus der Zurückgewinnung der 20 Organisationsstellen aus dem sozialdemokratischen Gewerkschaftslager zu stammen ist, welche Aufgabe wir uns besonders zum Ziel gesetzt haben. Leicht verständlich ist es natürlich, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften ob unserer Fortschritte nicht besonders erbaunt sind. Bei

der Belohnung wird versucht, uns eins „ans Bein zu hängen“. Das ist verwerflich! Einen guten Verlauf für unseren Verband nahmen in diesem Jahr besonders auch die Betriebsratswahlen, wobei es uns gelang, auf Kosten des D. M. A. die Zahl unserer Vertreter von 11 auf 13 zu erhöhen. Die Wahl im Hüttenwerk Hüttenloren, dem größten Werk unseres Bezirks, brachte auch in diesem Jahre wieder unserer Liste eine Mehrheit, nämlich 477 Stimmen, während der Vorklag der freien Gewerkschaften nur 431 auf sich vereinen konnte. In zahlreichen, außerhalb des Verbandsgebietes der zur Geschäftsstelle gehörenden Ortsgruppen Hüttenloren, Unter- und Oberloren, Kochfeld, Hüttingen, Heidenheim, Solen, Göttingen, Abtshausen, Niederloren wurden berufliche und wirtschaftliche Kräfte jeweils eingehend behandelt, 2 glänzende Verkaufserfolge konnten erzielt werden, die Zahl der Mitglieder des Bezirksleiters, Kollegen Bergler-Stuttgart sorgten für weitere Vertiefung der Grundzüge unserer Bewegung.

Grevenbroich. Der christliche Gewerkschaftsgebäude hat auch hier in der letzten Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Trotz der verlogenen Schimpfkanonade, Agitation und Hetze der Brüder „Sozial“ gelang es uns, in der Verwaltungsstelle Grevenbroich eine große Welsche zu schlagen, und unsere Mitgliederzahl von 400 auf 900 zu erhöhen.

Wenn alle unsere Kollegen weiterhin so mitarbeiten, braucht es uns um unsere christlichen Gewerkschaften im allgemeinen, wie um unsere christlichen Metallarbeiterverband im besonderen, nicht zu bangen.

Damit nun aber auch unsere „Feste“ weiter ausgebaut werden kann, und um unsere Kollegen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen und zu helfen, haben wir in Grevenbroich eine Geschäftsstelle errichtet. Dort wird Rat und Auskunft in Steuer-, Unfall-, usw., sowie allen gewerblichen und Rechtsstreitfragen gegeben, fernere alle sich hieraus ergebenden Schriftsätze angefertigt.

Das Büro befindet sich in Grevenbroich, Schanze 11, und ist täglich von 1/2—1/2 Uhr und Sonntags von 1201 Uhr geöffnet. Kran- und Arbeitslosenmeldungen sind möglichst bis Freitag und zwar persönlich unter Mitbringung des Mitgliedsbuches im Büro zu machen. Auszahlung der Unterstützung erfolgt Freitag nachmittags. Wir hoffen und erwarten, daß alle unsere Kollegen diese Neuerrichtung zu schätzen wissen, und davon auch actanten Gebrauch zu machen verstehen.

*

Hippstadt. Die Behauptung des Regulators, bei den Betriebsratswahlen seien in Hippstadt Schwarzrote Wlad gebildet worden, haben wir durch die Veröffentlichung der drei gewählten Listen widerlegt. Daroushin schreibt der Regulator in seiner Nr. 25: Die Behauptung betreffend Bildung von Schwarz-roten Wlad besitze sich auf die Wahl der Betriebsvertreter der Union. Wie in der vorigen Notiz, so wollen wir auch zu diesem Punkte einfach die Tatsachen sprechen lassen, dann kann jeder beurteilen, ob unser Vorklag korrekt war oder nicht. Bei der ersten Betriebsratswahl im vorigen Jahre erhielten wir 5 Vertreter, der Gewerksverein (D. M. A.) 3 Vertreter und der Deutsche Metallarbeiterverband 2 Vertreter. Das Verhältnis ist in diesem Jahre dasselbe. Der kirchliche Dunderfische Kollege schreibt, daß nach parlamentarischen Brauch ihnen bei 3 Vertretern der Vorklag im Arbeiterrat zumut. Warum hat man denn im vorigen Jahre darauf verzichtet? Nach „parlamentarischen Brauch“ stand uns im vorigen Jahre mit 5 Vertretern der Vorklag im Betriebsrat zu. Aber unsere kirchlichen Freunde dachten anders. Sie händelten mit den Genossen, bildeten also einen blau-roten Wlad und verteilten die Sitze. Sie beanspruchten den Vorklag im Betriebsrat, die Genossen sollten den Vorklag im Arbeiterrat haben, das Ertere glückte nicht, das Letztere glückte. Im ersteren Falle standen sich 5 gegen 5 und das Los entschied zu unsern Gunsten. Die Kollegen vom Gewerksverein hatten sich also nicht zwei Stühle geleht.

In diesem Jahre brachte die Wahl jedem dieselbe Zahl Vertreter. Wir hatten keine Ursache an dem von den Gewerksvereinen selbst geschaffenen Verhältnis etwas zu ändern. Wer auch die Genossen in dieser Sache das Glück nicht geinben zu haben. (Wäre Jungen behaupten ja, daß die meisten Eheleute sich erst nach der Hochzeit kennen lernen). In der tragischen Sitzung wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband der Vorklag der Widerwahl der beiden Obleute gemacht. Dem stimmten unsere Kollegen zu, denn sie sagten sich mit Recht, was 1920 richtig war, kann 1921 unter denselben Verhältnissen nicht falsch sein. Die kirchlichen Dunder haben also absolut keine Ursache, sich über ihr Fiasko zu bekagen.

*

Reine. Seit einiger Zeit bemühen sich die Direktionen des Reiner Walzwerks und der Zseder Hütte, offen und verdeckt, die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter, dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken zu entfremden. In geschickter Form lüht man den Boden für eine gelbe Werkbewegung vorzubereiten. Wenn dieses Ziel auch nicht offen ausgesprochen wird, und die Regisseure dieser Arbeit klug genug sind, ihre wirklichen Absichten zu verbergen, so müssen wir doch das Kind rechtzeitig bei dem richtigen Namen nennen und die Arbeiterchaft frühzeitig auf die Gefahren dieser Verführungen aufmerksam machen. Ein zu spätes Erkennen dieser Gefahren müßte mit Sicherheit die Arbeiterchaft mit dem größten Schaden ihrerseits bezahlen.

Seit dem 1. April geben die Werke ein wöchentlich unter dem Titel „Reine-Jseder Werkzeitung“ erscheinendes Organ heraus. Zeitungsbeitrag geschrieben, mit Illustrationen und Zeichnungen versehen, beträgt der Bezugspreis für Werksangehörige nur 1 Mark monatlich. Schon hieraus ergibt sich, daß die Werke eine nicht geringe Summe zu den heute doch sehr hohen Herstellungskosten belegen müssen, was ihr allerdings nicht allzu schwer fallen dürfte, wenn man weiß, daß im letzten Geschäftsjahr 50 Prozent Dividende und außerdem 5 Prozent für neugegründete Vorzugsaktien der Zseder Hütte und 13 Prozent für Reiner Walzwerkaktien verteilt wurden. Trotzdem können wir es nicht glauben, daß man solche Summen für eine Zeitung opfert, nur „um die räumlich getrennten Arbeiter und Angestellten einander näher zu bringen“, wie es in der ersten Nummer der Zeitung hieß. Die letzten Zweifel über die Absichten werden aber beseitigt, wenn man den Aufruf und das Inserat liest, die vor kurzem in der Reiner Tagespresse erschienen. An dem Aufruf wurde offen zum Beitritt in den Deutschen Arbeiter- und Gelbe Gewerkschaft angefordert und in dem Inserat wurde der Öffentlichkeit die Errichtung einer Geschäftsstelle des Deutschen Arbeiterbundes in Reine mitgeteilt. Auch hat der Geschäftsleiter dieser neuen Einrichtung mit einem Mitglied unserer Organisationsbeziehungen anzuknüpfen versucht, um Mitglieder für seine Organisation zu gewinnen, allerdings ohne jeden Erfolg. Selbst der bemäuglichte Hinweis auf den Unterschied der Beitragshöhe blieb wirkungslos. (Nebensächlich braucht man ja nur einen Vergleich zwischen den Beiträgen und den Leistungen anzustellen, um sofort zu finden, daß dieser sehr zugunsten unseres Verbandes ausfällt.)

Redensfalls ist es ein eigenartliches Zusammentreffen, wenn in dem Augenblicke des Erscheinens der neuen Werkzeitung auch eine Geschäftsstelle der gelben Gewerkschaft ins Leben gerufen wird. Die Mitglieder unserer Organisation werden diese Zusammenhänge erkennen und ihr Verhalten danach einrichten. Unter Ablehnung des sozialistischen Kampfbegriffes und unter Verwertung jedes angebotenen Kasibankens haben wir uns im christlichen Metallarbeiterverband zusammengeschlossen, um in diesem eine kräftige Stütze unserer wirtschaftlichen Interessenvertretung zu haben. In dieser Erkenntnis werden unsere Mitglieder nicht nur der Organisationshöhe die Treue fernhalten, sondern auch darüber hinaus für eine Erhaltung unseres Verbandes arbeiten. Sie werden sich dabei nicht hüten lassen, weder durch sozialistische Unkenrufe noch durch gelbe Strenggejaunge.

Solingen. Die Solinger Stahlwarenindustrie befindet sich seit Jahresfrist in einer schweren Krise. In den meisten Betrieben wird 8 und 4 Tage pro Woche gearbeitet. Außerdem wurden viele Entlassungen vorgenommen. Die Heimarbeiter sind gleichfalls nur tageweise beschäftigt. In der metallischen Krise müssen die Kollegen und Kolleginnen sich fester zusammen schließen, um ihre Interessen wahrzunehmen. Das beweist vor allem die Stellungnahme der hiesigen Fabrikantenverbände zur Beihilfs- und Ferienfrage. Fast ein ganzes Jahr lang wurden Verhandlungen mit den Fabrikantenverbänden gepflogen, um schließlich einen einheitlichen Beihilfsvertrag für den ganzen Industriebezirk. Nachdem die Verhandlungen in den letzten Wochen sozusagen zum Abschluss gekommen waren, stellten die Fabrikanten plötzlich den Antrag, die Maschinen- und Werkzeugindustrie von dem gemeinsamen Beihilfsvertrag auszuschließen. Gleichzeitig legten die Maschinen- und Werkzeugfabrikanten einen Beihilfsvertrag vor, welcher 60 Prozent niedriger Löhne enthielt, als wie bereits mit den Fabrikantenverbänden vereinbart waren. Die Beihilfsfrage der Maschinen- und Werkzeugindustrie sollten also nur ein Drittel der Löhne bekommen, wie die Beihilfsfrage der übrigen Firmen.

Einen ähnlichen Standpunkt nehmen die Fabrikanten jetzt in der Ferienfrage ein. Trotsdem der Tarifvertrag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen 6 Tage Ferien im Jahre vorsieht, wollen die Fabrikanten in der letzten Krise nur so viele Tage Ferien bewilligen, wie Tage in der Woche gearbeitet werden. Nach vielen fruchtlosen Verhandlungen ist die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss überwiesen worden, welcher am 22. Juni folgenden Schiedsspruch fällte:

„Wenn dem Kollektivvertrag unterstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen, auch den Kurzarbeitern, steht auf Grund des Tarifvertrages in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September ein Anspruch auf Urlaub für sechs bezahlte Arbeitstage zu. Die Bezahlung des Lohnes für diese sechs Arbeitstage hat entsprechend dem Tarifvertrage noch durchschnittlichen Stundenlohn der letzten drei Wochen zu erfolgen.“

In der Begründung des Schiedsspruches wird besonders auf den klaren Wortlaut des Tarifvertrages hingewiesen und daran anschließend folgendes angeführt: „Anschließend dieses aus dem Wortlaut des Vertrages und den nachfolgenden Begleitumständen ermittelten Parteiwillens können sich die Arbeitgeber nicht darauf berufen, daß man zur Zeit der Abfassung des Tarifvertrages nicht an die gefürzte Arbeitslosigkeit gedacht habe. Die damalige Vereinbarung, dem Arbeiter seine Ferientage auch zu bezahlen, wird durch die zwischenzeitlich eingetretene Kurzarbeit nicht ohne weiteres beseitigt. Glaubt die Arbeitgeberseite aus wirtschaftlichen Gründen bei Kurzarbeit nicht die sechs Ferientage voll bezahlen zu können, so bedarf es einer anderen praktikablen Regelung der in Frage kommenden Bestimmungen. Aus den gleichen Gründen konnte die Revivierung der Antragsteller (Arbeitgeber) auf den Beschluß des Reichsarbeitsministers vom 2. September 1920 zu der Ferienfrage der Kurzarbeiter zu keinem anderen Ergebnis führen. Denn auch der Reichsarbeitsminister erkennt in seinem Bescheide nicht, daß die Frage der Entlohnung der Ferientage beim Abschluß eines Tarifvertrages beliebig geregelt werden kann und erachtet in erster Linie den Wortlaut der einschlägigen Bestimmungen des Tarifvertrages für maßgebend.“ Soweit die Begründung des Schiedsspruches. Die Solinger Arbeiter kommen also noch wie vor in den vollen Genuß der Ferien. Jedemfalls ist aber die Haltung der Fabrikantenverbände in der Ferienfrage, daß unsere Mitglieder auf dem Posten sein müssen. Unermüßlich Witation für den christlichen Metallarbeiterverband auch während der Krise ist die beste Antwort auf die Machenschaften der Fabrikanten.

*

Wohlar. In Nr. 17 unseres Organs vom 21. April d. J. wurde die langjährige traurige Vorgeschichte des hier verloren gegangenen Streiks in der Metallindustrie besprochen und dem sozialistischen Metallarbeiterverband vorgeordnet, daß er all die Jahre hindurch für die Arbeiterschaft kaum etwas getan habe, nur terroristisch-agitatorische Hebereien betriebe und daß er wohl auch ohne seinen Willen in den vorliegenden Kampf verwickelt worden sei. Denn sogar das sozialistische Korrespondenzblatt führt an, daß im Deutschen Metallarbeiterverband „die kleinen Städte und das platte Land“ die höheren Beiträge brachten, also die milchgebenden Kühe wären, aber Berlin, Frankfurt a. M. und andere Großstädte das Geld durch radikale Bewegungen verbrauchten und „stets von den kleinen Verwaltungsstellen unterhalten werden“ müßten. Angesichts dessen erklärt es sich, daß auch im Lohnstreik nichts für die Arbeiterschaft getan worden war, noch eine Ansicht dazu vorlag. Wir konnten weiter: Die Bewegung sei gekommen, weil durch diese Latenzlosigkeit des sozialistischen Metallarbeiterverbandes die Arbeiterschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt wäre und die Bewegung manches unverständliche gezeitigt habe.

Neben den bekannten 60 000 ML ist inzwischen ein weiteres Nicht ins Dammle gekommen und es werden unsere Annahmen bestätigt durch das Organ des sozialistischen Heizer- und Maschinenverbandes vom 20. Mai d. J. In einem Artikel „Zum Streik in Wohlar“ schreibt das Blatt treffend: „Die Ursachen dazu lagen schon länger zurück und hatten, wie gewöhnlich, ihren Grund in ganz mangelhafter Entlohnung der in Frage stehenden Arbeiter.“ Hierdurch bestätigt also dieses linkssozialistische Blatt, daß kein linkssozialistischer Gewerkschaftsverband für seine Mitglieder nichts getan hat und daß in der langjährigen sozialistischen Hochburg Wohlar, wo der Deutsche Metallarbeiterverband eine Zweigstelle hatte und sich den gemeingewöhnlichen Löhnen erlaubte, schlechte Löhne vorlag.

Weiter schreibt das Blatt der sozialistischen Heizer und Maschinenisten, daß sein Verband die Bewegung im Oktober 1920 eingeleitet und daß — wohl dadurch gezwungen — in der Wichtigkeit auch der Metallarbeiterverband Forderungen eingereicht habe. Ferner wird geschrieben, daß der Heizer- und Maschinenistenverband zuerst Verhandlungen mit den Arbeitgebern nachgemacht und das Schlichtungsausschuss, den Demobilisierungsausschuss und das Reichsarbeitsministerium angerufen habe. Kurzum der Heizerverband, dem erst im Mai vorigen Jahres auf den Andersartigen Verlaß Mitglieder beigetreten waren, der leitet und führt die Bewegung und der „große“ sozialistische Metallarbeiterverband tritt erst hinter ihm her, bis beide gemeinsam die Arbeiterfrage im Graben liegen hatten.

Gegenüber dem Metallarbeiterverband, der die Niederlage in Wohlar doch noch in ehrlöcher Weise zuzibt, versteht es der linksradikale Heizer- und Maschinenistenverband aber noch von einem „Vorteil“ des Kampfes zu berichten, indem er weiter schreibt: „Dat der lange Kampf uns auch keine materiellen Vorteile gebracht, so doch den Vorteil, daß unsere Kollegen eingesehen haben, daß ihre Interessen nur in einer Berufsorganisation vertreten werden. In Zukunft muß mit uns verhandelt werden, dies zeigt uns immerhin etwas wert.“ Dieses Verleumdungsgeschwätz hätte gar erwartet werden können, denn davon kann die Arbeiterschaft nicht leben und das Elend der Bewegung nicht weit machen. Selten kann hier nur wenn der Größenwahn im sozialistischen Lager gelegt wird, welcher daraufhin ausgeht, mit terroristischem Genüßeschwanz und mit bloßen radikalen Phrasen jede nähere Gewerkschaftsarbeit abzutun.

Die am Kampfe in Wohlar beteiligten Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben auch immer die Sprache verloren. In Anbetracht der 60 000 ML und unserer Hoffnungen waren wir dieses Versprechen wohl rechtlich Schläger-Waffen in der

„Metallarbeiterzeitung“ Nr. 24 sein geschundenes Rückgrat, aber das läßt uns kalt. Es erübrigt sich, auf seine Märchen und Beschimpfungen einzugehen. Ueber die angebliche Betätigung von Geistlichen in unserer Bewegung sollte sich Schläger doch nicht aufhalten. Er braucht ja nur mal um sich zu schauen und er findet zu seiner Linken, daß seine „Genossen“ in Denselb. St. die sozialistische Massfeier offiziell mit gemeinsamen Kirchgängen einleiteten und seine rechten Nachbarn, der sozialistische Metallarbeiterverband in Ditzingen bei Heilbronn, sich sogar zwei Faktoren als Festredner bestellt und — gefunden hatte. Unsere Mitglieder sollten allerdings diese sozialistische Heberei gründlich entlarven und dafür sorgen, daß solche Schändlichkeiten wie die Fälle von Wohlar, Schläger usw. in der Arbeiterbewegung angedemterzt werden. Stärken wir daher überall unsern christlichen Metallarbeiterverband!

Branchenbewegung

Aus der Heizer- und Maschinenbranche.

Ernst Kaufmann.

Der ungeheure Aufschwung, den unsere Industrie im letzten Jahrhundert erleben durfte, ist zum allergrößten Teil auf die Vorkommnisse der Dampf-, der Elektrizität und des Gases zurückzuführen. Es gibt heute fast keinen Erwerbszweig, wo diese Kräfte nicht in irgend einer Form Verwendung finden. Für unser Volk sind dadurch vollständig neue Erwerbsquellen geschaffen worden. Wenn wir uns den großen Fortschritt, der auf dem Gebiet der Technik in den letzten 100 Jahren gemacht wurde, einmal so recht vergegenwärtigen, so muß man zur Auffassung kommen: daß die weiße Vorlesung Gottes, zur rechten Zeit den Menschen neue Gedanken, Erfindungen offenbarte, damit der Volksdurst nach Aufstrebend neue Verdienstmöglichkeiten und damit neue Lebensmöglichkeiten geschaffen würden. Könnten wir heute einmal einen unserer Vorfahren zu einem Gange durch ein größeres Stüttenwerk mitnehmen, — vorbei an Schienensträngen mit qualmenben Lokomotiven, langen Dampfesselbatterien, durch große Maschinenhäuser mit stampfenden Dampfmaschinen oder Großbaumaschinen, vorbei an elektrischen Kraftanlagen, Aufzügen, Kränen usw., so würde sich derselbe in ein Märchenland verirrt fühlen. — Wohl würde mancher Handwerksmeister oder selbständige Gewerbetreibende an die alte, alte Zeit der Selbständigkeit und Freiheit schmerzlich zurückdenken, aber dennoch müßte er der Neuzeit Bewunderung und Anerkennung über die großen technischen Leistungen und Errungenschaften zollen.

Zeichenmetallarbeiter wählt am 2. August nur Liste 5

Wenn auch durch die Einführung der Maschinen und der Betriebsführung Millionen von selbständigen Existenzen in die Abhängigkeit der Kapitalmacht getrieben wurden, so konnte man andererseits erleben, daß die Umstellung, die Einführung neuer Betriebsformen und Arbeitsmethoden, unserem deutschen Wirtschaftslieben ein neues Geblüth brachte. Die großen Schaltenleistungen, die dieses neue Zeitalter besonders für den Lohnarbeiter mit sich brachte, sind zum Teil durch den gewerkschaftlichen Zusammenhalt der Arbeitnehmer erfolgreich bekämpft worden. Insbesondere darf man mit Vergnügen feststellen, daß durch die Gewerkschaften die gewissenhafte Ausbeutung der Lohnarbeiter durch den Kapitalismus damaliger Zeit in gewisse Grenzen zurückgemindert wurde. Das neue Zeitalter mit seinen modernen technischen und maschinellen Einrichtungen hat aber auch wiederum neue, bisher ungekannte Verhältnisse auf den Plan gerufen. Hier möchte ich in erster Linie auf die Heizer, Kesselwärter, Maschinenisten, Motorwärter, Kranführer, Kranmaschinenisten, Lokomotivführer, Aufzugsführer, Schaltstellwärter und dergleichen hinweisen. Wenn man bedenkt, daß die in Deutschland zurzeit durch Dampf erzeugten Ps. — Pferdekräfte auf insgesamt 7 Millionen Ps. einschätzen kann, was ungefähr einer Kraftauswendung von 168 Millionen Menschen gleichkäme, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wieviel Personal zur Wartung und Bedienung dieser Maschinen erforderlich ist. Rechnet man hierzu die erforderlichen Kesselanlagen, dann weitersch die Maschinen, welche durch Wasser, Gas oder Elektrizität betrieben werden, so darf man mit Recht sagen, wenn man das hierzu erforderliche Maschinenpersonal zusammenrechnet, daß die Berufsgruppe der Heizer und Maschinenisten zahlenmäßig an erster Stelle innerhalb unserer deutschen Arbeiterbewegung marschiert. In unseren modernen Fabrikbetrieben bildet der Beruf der Heizer und Maschinenisten mit seiner Vielseitigkeit der zu wartenden Kesselsysteme, Bau- und Antriebsarten der Maschinen, den verschiedenartigsten elektrischen Anlagen und Schaltungen, einer der verantwortungsvollsten Berufe.

Hier muß vom Kesselheizer bis zum Obermaschinenisten einer Großbetriebsanlage peinliches Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl am Platze sein. Neben der, besonders für den Kesselheizer, schweren Arbeit, werden innerhalb dieser Berufe auch noch größere Fachkenntnisse verlangt. Im Maschinenbau kommt es sehr häufig vor, daß der Maschinenist um Betriebsstörungen und Schäden abzuwehren, neben der Wartung der Maschinen, die Reparaturen selber ausführt. Er muß neben seinem eigentlichen Beruf auch als Reparaturschlosser und Elektriker fungieren. Weit komplizierter liegen die Verhältnisse in kleineren oder mittleren Betrieben. Hier vereinigt man paradiesischer Kesselheizer, Kesselwärter, Maschinenist, Schaltstellwärter, Reparaturschlosser und Elektriker alles in einer Person. Hier kann man aber auch die Feststellung machen, daß der Maschinenist noch einigermaßen gewürdigt wird. Der erste Gang des Betriebsleiters oder Fabrikanten geht in der Regel durchs Kessel- und Maschinenhaus. Dadurch gibt derselbe, wenn auch in ungewollter Weise zu verstehen, wie hoch er den geordneten Gang dieser Betriebe einschätzt. In diesen kleineren Betrieben ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Maschinenisten noch weitestenteils ein verhältnismäßig, patriarchalisches. In den heutigen Großbetrieben liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung weitlich anders. Man kann sogar in sozialistischer Weise versucht man hier, den Berufsstand der Heizer und Maschinenisten zu brüden. In derartigen Verjahren, namentlich bei Lohnverhandlungen die Verantwortlichkeit, Intelligenz und Tüchtigkeit der Heizer und Maschinenisten abzuprüfen, hat es in letzter Zeit nicht gefehlt. Verjuche der Arbeiter, die so hinausgehen, die Arbeitsleistungen der Heizer und Maschinenisten als rein menschliche darzustellen, müssen von unsern Berufskollegen und Verbandsfunktionären energig bekämpft werden. Vor allen Dingen muß die Bedeutung des Heizer- und Maschinenistenberufes mehr erkannt werden. Heizer, sowohl als Maschinenisten nehmen innerhalb der Betriebe Verantwortung ein. Von der Betriebsfähigkeit der Kesselanlage und Maschinen hängen nicht nur Gesundheit und Leben der Mitarbeiter, sondern große materielle Werte, wie überhaupt der ganze Gang des Betriebes ab. Kleine Unachtsamkeiten der Heizer oder Maschinenisten können für den Betrieb große Störungen, für den Unternehmer empfindliche finanzielle Nachteile bringen. — Aufgabe der Berufskollegen und Betriebsräte muß es fernerhin sein, ungelernete Kräfte möglichst fern zu halten. Während der Kriegszeit ist man durch den Mangel an gelernten Arbeitskräften in dieser Beziehung zu weit gegangen. Zielbewußt muß unsere Verbandsleitung an den weiteren Ausbau der Fachleistungen für Heizer und Maschinenisten gehen, damit die Berufsinteressen erfolgreicher vertreten werden können. Bei Abschluß von Tarifen muß mehr Wert auf die Vielseitigkeit des Berufes gelegt werden. Verlangte Fachkenntnisse, Verantwortung und Art der Dienstleistung sind namentlich in diesen Berufsarten sehr verschieden. Ein besonderes Augenmerk muß auf die Berufsausbildung gelegt werden. Dieses Gebiet ist besonders seit der Kriegszeit sehr vernachlässigt worden. Durch die Kriegsverhältnisse wurden eine Anzahl von berufsfremden Arbeitern in diese Fächer hineingeworfen. Mit einer zum Teil tätigen Ausbildung wurden diese Kollegen an die Posten gestellt, nur befähigt, die rein mechanischen Handgriffe zu verrichten. Kenner der damaligen Verhältnisse werden erleben haben, daß man auf Grund dieser mangelhaften Ausbildung, zum anderen aber auch durch unzulängliche Fachmaschinenteile und minderwertige Schmiedematerialien aus einer Betriebsführung in die andere fiel. — Es muß Aufgabe unseres Verbandes sein, durch geeignete Fachvorträge oder Wohnungen im Verbandsorgan über Dampfessel, deren Systeme, Wartung derselben, dann über Dampfmaschinen, häufiger auftretende Schäden derselben und Abhilfe, sodann aber auch über Elektro- oder Verbrennungsmotoren, Aufklärung zu geben. Die Berufsfolger innerhalb der Betriebe müssen bestrebt sein Hand in Hand die Berufstüchtigkeit und damit auch die Berufskreide zu heben. Der christliche Metallarbeiterverband, welcher stets bestrebt war, die Interessen der Heizer und Maschinenisten zu fördern, wird auch in Zukunft mit allen Mitteln unsere Standesinteressen fördern. Innerhalb der Betriebe muß aber mehr denn je für den Zusammenhalt und den Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband geschafft werden. Ein jeder Berufsfolge muß sich für die nächste Zeit die Aufgaben stellen:

1. Werbung neuer Berufsfolger für unseren Verband.
2. Fester Zusammenhalt der Fachfolger zur Koordination der Heizer und Maschinenisten im christlichen Metallarbeiterverband.
3. Hebung der Berufstüchtigkeit.
4. Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

1. Werbung neuer Berufsfolger für unseren Verband.
2. Fester Zusammenhalt der Fachfolger zur Koordination der Heizer und Maschinenisten im christlichen Metallarbeiterverband.
3. Hebung der Berufstüchtigkeit.
4. Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Konferenz der Elektromonteuere Rheinlands und Westfalens.

Anlässlich der gegenwärtigen Elektro-Ausstellung in Essen versammelten sich am Sonntag, den 22. Juni auf Einladung der Fachgruppe der Elektriker und verwandte Berufe des christlichen Metallarbeiterverbandes Essen eine große Anzahl Elektromonteuere Rheinlands und Westfalens. In der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr wurde die sehr umfangreiche Elektro-Ausstellung besichtigt. Nachmittags 2,30 Uhr fand unter Vorsitz des Kollegen G. v. Essen eine Konferenz statt, in der zu wichtigen Berufs- und Gewerkschaftsfragen Stellung genommen wurde. Die Aussprache war sehr lebhaft. Vor allen Dingen wurde darauf hingewiesen, daß die Elektriker Rheinlands und Westfalens gemeinsame Interessen hätten. Notwendig sei es, fest zusammenzuhalten, um sich gegenseitig bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnissfragen zu unterstützen. Da der Elektrikerberuf sehr große Anforderungen an das fachliche und theoretische Können seiner Angehörigen stellt, wurde eine engere Zusammenfassung der Elektriker und verwandte Berufe innerhalb des christlichen Metallarbeiterverbandes als dringend notwendig bezeichnet. In allen Orten müßten besondere Fachgruppen gebildet werden, die neben der Behandlung von Gewerkschaftsfragen auch die Aufgabe hätten, durch Abhaltung von Fachvorträgen und Errichtung von Unterrichtskursen das fachliche Wissen der Mitglieder zu erweitern. Der Leiter der Konferenz wurde beauftragt, mit den Fachgruppenleiter der einzelnen Bezirke Rheinlands und Westfalens in Verbindung zu treten und zu veranlassen, daß in allen Orten die nötige Arbeit in diesem Sinne geleistet wird. Am Schluß wurde darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied die Verpflichtung habe, dem christlichen Metallarbeiterverband nicht nur anzugehören, sondern auch im Sinne desselben tätig zu sein und demselben neue Mitglieder zuzuführen.

Am die am späten Nachmittage beendete Konferenz schloß sich eine Besichtigung der Umgebung von Essen, besonders des Essener Stadtwalles an.

Antworten

W. D. Diesen Artikel findest du in dieser Nr. Solch eine wichtige Materie muß in den betreffenden Orten des Siegerlandes und Lohngebietes noch mehr ausgenutzt werden. L. E. Köln: Wenn Dank. Aber die Form muß noch sehr geändert werden. H. N. Schwarzwalb: Energie ist die beste Waffe des Gewerkschaftlers. Aber da läßt es oft zu wünschen übrig. Dein Artikel über Sozialagitation kommt mit.

Trier. Die Geschäftsstelle unseres Verbandes befindet sich Trier Ostallee 34. Bürostunden: 10—12 und 3—7 Uhr. Unterstufungen werden nur Freitags ausgesetzt.

für einen Betrieb im Württ. Oberland wird ein tüchtiger selbständiger, womögl. lediger **Modell-Schreiner** für sofort gesucht. Meldung auf dem Verbandsbüro des Christl. Metallarbeiterverbandes, Ulm a. D., Heigeleshof 3, Telefon 1265

Erfahrener Monteur

mögl. unverheiratet, welcher auf Rotationsmaschinen und Schnellpressen eingearbeitet ist, per sofort oder später gesucht. Logis evtl. vorhanden. Gef. Angebote mit Lohnansprüche etc. sind zu richten an

Joh. Ewertz, Duisburg, Taubenstr. 8.

Wir suchen für sofort einen im Aufrichten und Härten von **Waggon-Tragfedern**

geschulten Mann

bei hohem Verdienst. **Niederrheinische Maschinenfabrik und Waggonbauanstalt, G. m. b. H., Duisburg-Melderich, Hafenbecken C.**